



## **Innenausschuss**

### **83. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>1</sup>**

10. Juni 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:33 Uhr bis 16:06 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>9</b>
<b>1</b>	<b>Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW</b> ( <i>beantragt von Hartmut Ganzke [SPD] [s. Anlage 1])</i>	<b>11</b>
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	

---

<sup>1</sup> vertraulicher Teil siehe vAPr 17/39.

**2 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Gesetze 17**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/11622

Stellungnahme 17/3647  
Stellungnahme 17/3665  
Stellungnahme 17/3666  
Stellungnahme 17/3673  
Stellungnahme 17/3706  
Stellungnahme 17/3675

Ausschussprotokoll 17/1335 (*Anhörung am 11.03.2021*)

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/14077

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion, den soeben geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.

**3 Neue Zuwandererclans, regionale Verteilungskonflikte und Statistiklücken. Eine Weiterentwicklung der Lagebilder zur Clankriminalität ist dringend notwendig! 19**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/13397

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

- 4 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes 20**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/13665
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.
- 5 Staatliche Kooperation und Finanzierung von islamistisch beeinflussten Islamverbänden auch auf Landesebene einstellen – Der Unterwanderung von Parteien wirksam entgegenwirken 21**
- Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/13761
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.
- 6 Mann bewirft Familien mit Molotow-Cocktail auf Dortmunder Spielplatz (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2]) 22**
- Bericht  
der Landesregierung  
vertrauliche Vorlage 17/173
- keine Wortbeiträge
- 7 Wie viele kriminelle Clanstrukturen sind in NRW aktiv? (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2]) 23**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5286
- Wortbeiträge

- 8 Nach bald 2 Jahren: Wann werden die Nationalitäten von Tatverdächtigen in Pressemitteilungen der Polizei endlich genannt? (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2])** **24**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5267
- keine Wortbeiträge
- 9 Bericht des Polizeibeauftragten** **25**
- Vorlage 17/5264
- Wortbeiträge
- 10 Gefährdungslage für jüdische Gemeinden vor dem Hintergrund von Eskalationen im Nahost-Konflikt (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])** **32**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5290
- Wortbeiträge
- 11 Opfer eines Serienvergewaltigers in Bielefeld (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])** **33**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vertrauliche Vorlage 17/174
- keine Wortbeiträge im öffentlichen Teil
- 12 Ausschreitungen bei Fußballspiel des 1. FC Köln und FC Schalke 04 am 22. Mai (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])** **34**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5288
- keine Wortbeiträge

- 13 Minderjährige und Frauen als Betroffene rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])* **35**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5283
- keine Wortbeiträge
- 14 Demonstration von „Der III. Weg“ am 1. und 8. Mai 2021 in Siegen** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])* **36**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5293
- Wortbeiträge
- 15 Umsetzungsstand und Weiterentwicklung des ganzheitlichen Handlungskonzepts zur Bekämpfung des gewaltbereiten und verfassungsfeindlichen Salafismus** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])* **37**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5298
- Wortbeiträge
- 16 Stand der Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])* **38**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5285
- keine Wortbeiträge

- 17 Sachstand bei der Überarbeitung des Orientierungsrahmens für Veranstaltungen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **39**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5266
- keine Wortbeiträge
- 18 Folgen des Scheiterns der Gespräche zur Attraktivierung des öffentlichen Dienstes** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **40**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5265
- Wortbeiträge
- 19 Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Polizeibeamte wegen mutmaßlicher Gewalt gegenüber einem jungen Mann beim CSD 2016** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **41**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5292
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 20 Städtischer Krisenstab beschließt Alkohol- und Verweilverbot für die Düsseldorfer Altstadt** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5]*) **45**
- Bericht  
der Landesregierung
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

- 21 Bluttat auf dem Pausenhof in Finnentrop** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5]*) **48**
- Bericht  
der Landesregierung
- mündlicher Bericht der Landesregierung
  - Wortbeiträge
- 22 Vorgehen gegen Impfpass-Fälschungen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **50**
- Bericht  
der Landesregierung
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- 23 Aktueller Überblick über die Mehrarbeitsstunden von Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **52**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/5284
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, seine Beratung in vertraulicher Sitzung fortzusetzen.



## 2 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Gesetze

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/11622

Stellungnahme 17/3647  
Stellungnahme 17/3665  
Stellungnahme 17/3666  
Stellungnahme 17/3673  
Stellungnahme 17/3706  
Stellungnahme 17/3675

Ausschussprotokoll 17/1335 (Anhörung am 11.03.2021)

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/14077

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Der Gesetzentwurf wurde am 11.11.2020 nach der ersten Lesung einstimmig an den Innenausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses überwiesen. AHKBW, HFA sowie UAP ohne Votum)*

**Dr. Christos Georg Katzidis (CDU)** hält den Änderungsantrag mit Blick auf § 68 Verwaltungsvollstreckungsgesetz und Begrifflichkeiten des BHKG für ausreichend. Er bezeichnet die Erweiterung des Ordnungsbehördengesetzes um die Nutzungsmöglichkeit von Bodycams und Kameras durch die kommunalen Ordnungsbehörden mit Blick auf die Gewalt gegen Bedienstete als sinnvoll, zumal einige Städte bereits Interesse signalisierten.

**Verena Schäffer (GRÜNE)** wendet ein, eine Bodycam wirke nicht in allen Fällen de-eskalierend, sondern könne auch den gegenteiligen Effekt auslösen, sodass man mit ihrem Einsatz keine falsche Sicherheit vermitteln dürfe. Dabei müsse man auch bedenken, dass die Kommunen ihre Mitarbeiter nicht landeseinheitlich, sondern nach eigenen Standards ausbildeten, was das Land ändern möge, weil damit tatsächlich mehr Sicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen würde. Zudem erlaube der Verweis im Ordnungsbehördengesetz auf das Polizeigesetz den verfassungsrechtlich hoch problematischen Einsatz von Bodycams in Wohnungen. Die erforderlichen komplexen Datenschutzkonzepte überforderten manche Kommunen.

**Markus Wagner (AfD)** verweist auf Professor Thiel, der es für sinnvoll halte, auch den Ordnungsbehörden eigene Sicherungsinstrumente zur Verfügung zu stellen. Die Kommunen seien durchaus in der Lage, die Ausbildung im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zu organisieren. Baden-Württemberg stufe Bodycams als Sicherheitsgewinn ein, wohingegen eine nordrhein-westfälische Studie zu der gegenteiligen Einschätzung komme, was ein uneinheitliches Bild ergebe. Seine Fraktion halte Bodycams für ein geeignetes Mittel, um im Einzelfall in einer Gefahrensituation deeskalierend zu wirken.

**Hartmut Ganzke (SPD)** unterstreicht die sehr gute strukturierte Ausbildung bei der Polizei, die umfassend geschult werde, was sich bei den Kommunen so nicht wiederfinde, die nicht speziell, sondern für den gesamten Bereich der Verwaltung ausbilden.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion, den soeben geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.